

Unterstützung der Forderung nach einem Verbot der Partei „Alternative für Deutschland“

Antragsteller*innen:

Lukas Drescher (UDP), Lea-Marie Lopau (AStA-Referat für politische Bildung), Nick Jürgensen (CampusGrüne), Laura Falk (CampusGrüne), Kenan Bilen (CampusGrüne), Katrin Meyer (CampusGrüne), Daniel Mäckelmann (UDP), Malik Abdoul Hamidou (UDP), Konstantin Braas (Juso-HSG), Ole Richter (Juso-HSG), Lina Klees (Juso-HSG), Ole Geberbauer (Juso-HSG), Johanna Preuß (Juso-HSG), Amelie Ohff (Juso-HSG)

Antragstext:

Das Studierendenparlament möge beschließen, den Hochschulausschuss damit zu beauftragen, eine Stellungnahme zur Unterstützung der Forderung nach einem Verbot der Partei „Alternative für Deutschland“ zu erarbeiten. In dieser Stellungnahme soll auch darauf eingegangen werden, dass durch ein Verbot nicht die Ursachen für den Aufstieg oder die Unterstützer*innen dieser Partei verschwinden.

Antragsbegründung:

Die Alternative für Deutschland (AfD) ist eine zumindest in Teilen gesichert rechtsextreme¹ Partei, deren erwartete Umfragewerte auf Bundesebene aktuell bei ca. 19% liegen².

Gleicher Zugang zu Bildung ist eine Grundvoraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe, individuelles Wohlergehen und soziale Gerechtigkeit in der Gesellschaft.

Die AfD verfolgt unter anderem eine wissenschaftsfeindliche Politik. So schreibt sie in ihrem Grundsatzprogramm zwar, dass sie sie für das Humboldt'sche Bildungsideal und eine

¹ Pressemitteilung des Verwaltungsgerichts Dresden vom 16.07.2024, abgerufen am 13.12.2024:

<https://www.medien-service.sachsen.de/medien/news/1077639>

² ARD-DeutschlandTrend, abgerufen am 14.01.2025:

<https://www.tagesschau.de/inland/deutschlandtrend/deutschlandtrend-3452.html>

Wissenschaft „frei von ideologischen Zwängen“ einsetze³, wobei die AfD extrem kapitalistisch, gewerkschaftsfeindlich, rückschrittlich familienorientiert, damit einhergehend frauenfeindlich und in Teilen fundamental christlich-religiös ist.⁴

Das Humboldt'sche Bildungsideal sollte nicht unkritisch gesehen werden. Unter der Federführung Humboldts entstand das dreigliedrige Schulsystem, welches der Reproduktion der Eliten dienen sollte. Gleichzeitig widerspricht das Humboldt'sche Bildungsideal dem humanistischen Bildungsideal, dass Bildung nicht mit Berufsausbildung vermischt werden soll. Die AfD sieht Bildung als Mittel zum wirtschaftlichen Zweck. Wenn sich die AfD auf das Humboldt'sche Bildungsideal bezieht, scheint ein elitenförderndes Bildungsverständnis im Vordergrund zu stehen.⁵

Darüber hinaus fordert die AfD eine Rückkehr zum Diplom, Magister und Staatsexamen und spricht sich gegen die Bologna-Reform aus.⁶ Eine Kritik am derzeitigen Bachelor-Master System ist durchaus berechtigt. Jedoch sollten aus emanzipatorischer Perspektive dabei Aspekte wie eine individuelle Studienplanung oder die Klausurenflut im Vordergrund stehen, sollte wissenschaftliche Bildung gefordert werden, anstatt eine mangelnde Verwertbarkeit der Abschlüsse am Arbeitsmarkt anzuprangern.⁷

Die AfD feiert das vermeintlich gute alte Magisterstudium und idealisiert damit ein chaotisches System, das auch viele Fehler besaß. Ein Bachelor oder Master beschreibt heute bis ins kleinste Detail, was die Leute studiert haben und berechtigt damit Absolvent*innen, sich ohne große Genehmigungsverfahren auf Stellen im europäischen Ausland zu bewerben.⁸

Zusätzlich sollen Hochschulen das Recht erhalten, Bewerber nach eigenen Kriterien auszuwählen⁹, und es sollen Studiengebühren für Studierende aus Nicht-EU Staaten, wie es sie bereits in Bayern gibt, erhoben werden.¹⁰ Die Forderung der AfD nach Studiengebühren hat wenig mit der von ihnen beschriebenen Angst vor einem gesunkenen Niveau gemein sondern folgt eher dem Versuch, eine mehrgliedrige und sozial ungerechte Bildungslandschaft zu erhalten.¹¹

Studiengebührenfreiheit ist ein wichtiger Pull-Faktor für deutsche Hochschulen. Eine Einführung von Studiengebühren hätte zur Folge, dass bestehende Auslastungsprobleme,

³ AfD Grundsatzprogramm, Seite 52, abgerufen am 13.12.2024: <https://www.afd.de/grundsatzprogramm/#8>

⁴ Blickpunkt-wiso.de

⁵ Blickpunkt-wiso.de

⁶ AfD-sh.de, Programm zur Landtagswahl 2022, S. 59

⁷ Blickpunkt-wiso.de

⁸ Wiwo.de

⁹ Afd-sh.de, Programm zur Landtagswahl 2022, S. 62

¹⁰ Afdbundestag.de (Michael Kaufmann: Studiengebühren für Nicht-EU-Ausländer beseitigen Fehlanreize)

¹¹ Blickpunkt-wiso.de

insbesondere in den von der AfD hochgepriesen Ingenieurwissenschaften, weiter verschärft werden würden.¹²

Die Bildungspolitik der AfD bedeutet den Einstieg in die Provinzialisierung des deutschen Hochschul- und Wissenschaftssystems. Für ein global verflochtenes Deutschland, dessen Wirtschaft auf Export setzt, wäre eine solche Renationalisierung schädlich.

Die AfD fordert in ihrem Programm eine grundsätzliche Abschaffung von Gender-Forschung sowie den „Wildwuchs an Studienfächern in Geistes- und Sozialwissenschaften kritisch auf Wissenschaftlichkeit zu prüfen“.¹³

Dabei gibt es für die Existenz von Gender-Studies inhaltliche Gründe (beispielsweise Erforschung des Gender-Pay-Gaps). Geschlechterforschung wird die Wissenschaftlichkeit abgesprochen, ohne zu verraten, wer genau die Kriterien der Wissenschaftlichkeit definiert und wie diese aussehen. Die AfD ignoriert bewusst die Vielfalt und die Interdisziplinarität geschlechtertheoretischer Forschungsansätze. Diese Ablehnung der Gender Studies seitens der AfD und die Forderung nach ihrer Abschaffung muss in einem breiteren antifeministischen und wissenschaftsfeindlichen Kontext betrachtet werden.¹⁴

Des Weiteren unterstellt die AfD dem Landesbeauftragten für politische Bildung, politische Bildung einseitig zu gestalten, einseitige Erinnerungskultur, „sachfremde Ideologieprojekte wie Gender, Klima oder Massenmigration“ und fordert stattdessen „echte Ausgewogenheit in der politischen Bildung“.¹⁵

Die AfD-nahe Desiderius Erasmus Stiftung ermöglicht dagegen politische Bildungsarbeit, Studien und die finanzielle Unterstützung auch extrem rechter Studierender und Promovierender.¹⁶

Die AfD ist keine Alternative, sondern der Rückwärtsgang in der Bildungspolitik.

Die weitere Begründung und Beantwortung von Fragen erfolgen mündlich auf der Sitzung.

¹² Wiwo.de

¹³ Afd-sh.de, Programm zur Landtagswahl 2022, S. 60

¹⁴ Beljan, 2024: S: 118

¹⁵ AfD-sh.de, Programm zur Landtagswahl 2022, S. 63

¹⁶ Nd-aktuell.de, 2022 „Es geht um echte Zerstörung“

Anlage 1: Weitere Recherche zu Forderungen und Gegenargumenten der AfD

| AfD-Behauptung/Forderung | Gegenargument |
|---|--|
| Allgemein | <p>In Teilen gesichert rechtsextrem AfD extrem kapitalistisch, gewerkschaftsfeindlich, anti-sozialstaatlich, rückschrittlich familienorientiert, damit einhergehend frauenfeindlich und in Teilen fundamental christlich-religiös¹</p> <p>Gleicher Zugang zu Bildung ist eine Grundvoraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe, individuelles Wohlergehen und soziale Gerechtigkeit in der Gesellschaft.</p> <p>Eine Demokratisierung von Schulen und Hochschulen ist notwendig, nicht deren Militarisierung und Ökonomisierung. Die AfD ist entsprechend keine Alternative, sondern der Rückwärtsgang in der Bildungspolitik.</p> <p>AfD Bildungspolitik bedeutet den Einstieg in die Provinzialisierung des deutschen Hochschul- und Wissenschaftssystems. Für ein global verflochtenes Deutschland, dessen Wirtschaft auf Export setzt, wäre eine solche Renationalisierung schädlich.</p> |
| Ideologiefreie (Hoch)Schulen, christlich-humanistischer Wertekanon, griechisch-römische Klassik sowie humboldtsches Bildungsideal, Kopftuchverbot im Öffentlichen Dienst ² | <p>Zum Humboldt'schen Bildungsideal: Es sollte aus einer progressiven Perspektive Wilhelm von Humboldt und damit einhergehend dieses Bildungsideal nicht unkritisch gesehen werden. Schließlich gehörte Humboldt nicht der Arbeitnehmerschaft an und vertrat diese auch nicht, sondern kam aus einer reichen Aufsteigerfamilie, was sich in seiner Politik auch durchaus widerspiegelte. Unter seiner Federführung entstand z.B. das dreigliedrige Schulsystem, das der Reproduktion der Eliten gilt. Gleichzeitig widerspricht sie jenem humanistischen Teil des Ideals, das besagt, dass Bildung nicht mit Berufsausbildung vermischt werden sollte.</p> <p>AfD sieht Bildung als Mittel zum wirtschaftlichen Zweck. Wenn sich die AfD auf das Humboldt'sche Bildungsideal bezieht, scheint ein elitenförderndes Bildungsverständnis im Vordergrund zu stehen.³</p> |
| <p>Zurück zu Diplom, Magister und Staatsexamen (Bologna rückgängig machen)⁴</p> <p>→ AfD zielt darauf ab, dass Studis im eigenen Bundesland bleiben</p> | <p>Eine Kritik am derzeitigen Bachelor-Master System ist berechtigt, jedoch sollte aus emanzipatorischer Perspektive dabei Aspekte wie eine individuelle Studienplanung oder die Klausurenflut im Vordergrund stehen, sollten Freiheit und Ungezwungenheit für wissenschaftliche Bildung gefordert werden, anstatt eine mangelnde Verwertbarkeit der Abschlüsse am Arbeitsmarkt anzuprangern.⁵</p> <p>Die AfD feiert das vermeintlich gute alte Magisterstudium und idealisiert damit ein chaotisches System, das auch viele Fehler besaß. Ein Bachelor oder Master beschreibt heute</p> |

¹ Blickpunkt-wiso.de

² Afd-sh.de, Programm zur Landtagswahl 2022, S. 59

³ Blickpunkt-wiso.de

⁴ Afd-sh.de, Programm zur Landtagswahl 2022, S. 59

⁵ Blickpunkt-wiso.de

Anlage 1: Weitere Recherche zu Forderungen und Gegenargumenten der AfD

| | |
|---|--|
| | bis ins kleinste Detail, was die Leute studiert haben, und berechtigt damit Absolvent*innen, sich ohne große Genehmigungsverfahren auf Stellen im europäischen Ausland zu bewerben. ⁶ |
| Keine planwirtschaftliche Zielvorgaben zu Studentenzahlen, Studienerfolg und Frauen ⁷ | Forderung der AfD berufsbezogene Studiengänge zu fördern, zeigt: Eine grundsätzlich zweckfreie Menschenbildung muss der Beschäftigungsfähigkeit weichen. ⁸ |
| Gender-Forschung abschaffen, Wildwuchs an Studienfächern in Geistes- und Sozialwissenschaften (z.B. auch postkoloniale Studiengänge) sind kritisch auf Wissenschaftlichkeit zu prüfen ⁹ | Es gibt inhaltliche Gründe dafür, dass Gender-Studies existieren, die AfD stört sich vor allem an politischen Aktivismus von einigen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern / Hochschulen können eigenständig entscheiden (Hochschulautonomie), welche Fachgebiete sie einrichten wollen / AfD könnte Studiengänge zwar nicht einfach verbieten, aber beispielweise Fördermittel streichen ¹⁰ Geschlechterforschung wird Wissenschaftlichkeit abgesprochen ohne zu verraten, wer genau die „Kriterien der Wissenschaftlichkeit“ definieren (und wie diese aussehen) und was „seriöse Forschung“ denn sei / Ignoriert werden die Vielfalt und die Interdisziplinarität geschlechtertheoretischer Forschungsansätze ¹¹ Ablehnung der Gender Studies seitens der AfD und die Forderung nach ihrer Abschaffung muss in einem bereiten antifeministischen und wissenschaftsfeindlichem Kontext betrachtet werden ¹² |
| Ablehnung von ideologischen Vorgaben der Politik zu Gleichstellung, Klimaneutralität und Nachhaltigkeit ¹³ | |
| Hochschulen sollen das Recht erhalten Bewerber nach eigenen Kriterien auszuwählen ¹⁴ + Studiengebühren für Studierende aus Nicht-EU Staaten (gibt es bereits in Bayern) ¹⁵ | Die Forderung der AfD hat wenig mit der von ihnen beschriebenen Angst vor einem gesunkenen Niveau gemein, sondern folgt eher dem Versuch, eine mehrgliedrige und sozial ungerechte Bildungslandschaft zu erhalten. Auch die Formel „Qualität vor Quantität“ ist nichts anderes als ein Versuch sozial und finanziell schlechter gestellte Studierende von den Hochschulen fernzuhalten. ¹⁶ Bayern kann sich Studiengebühren leisten, da sehr attraktiver Standort, andere Regionen (z.B. Ostdeutschland oder aus S-H) würden dadurch bestehende Auslastungsprobleme, insbesondere in |

⁶ Wiwo.de

⁷ Afd-sh.de, Programm zur Landtagswahl 2022, S. 59

⁸ Blickpunkt-wiso.de

⁹ Afd-sh.de, Programm zur Landtagswahl 2022, S. 60

¹⁰ Wiwo.de

¹¹ Beljan, 2024: S. 118

¹² Ebd.: S. 119

¹³ Afd-sh.de, Programm zur Landtagswahl 2022, S. 62

¹⁴ Afd-sh.de, Programm zur Landtagswahl 2022, S. 62

¹⁵ Afdbundestag.de (Michael Kaufmann: Studiengebühren für Nicht-EU-Ausländer beseitigen Fehlanreize)

¹⁶ Blickpunkt-wiso.de

Anlage 1: Weitere Recherche zu Forderungen und Gegenargumenten der AfD

| | |
|--|--|
| | Ingenieurwissenschaften, weiter verschärfen / Studiengebührenfreiheit wichtiger Pull-Faktor für deutsche Hochschulen / Vorstellung, dass alle ausländischen Studienabsolvent*innen in den deutschen Arbeitsmarkteintreten müssen wäre neokolonialistisch, würde einen systematischen Brain-Drain zur Folge haben ¹⁷ |
| Landesbeauftragte für Politische Bildung einseitig, einseitige Erinnerungskultur, sachfremde Ideologieprojekte wie Gender, Klima oder Massenmigration, echte Ausgewogenheit in der politischen Bildung ¹⁸ | AfD nahe Desiderius Erasmus Stiftung ermöglicht politische Bildungsarbeit, Studien und die finanzielle Unterstützung auch extrem rechter Studierender und Promovierender ermöglichen ¹⁹ |
| Rechter Kampf um die Hochschule | |

<https://www.wiwo.de/politik/deutschland/afd-hochschulpolitik-absolventen-waeren-auf-dem-europaeisierten-arbeitsmarkt-massiv-ingeschraenkt/29967962.html>

<https://www.blickpunkt-wiso.de/post/afd-zurueck-ins-19-jahrhundert-auch-in-der-bildungspolitik--1916.html>

<https://afdbundestag.de/dr-marc-jongen-der-niedergang-unseres-bildungssystems-afd-fraktion-im-bundestag/>

<https://elibrary.utb.de/doi/pdf/10.3224/feminapolitica.v33i2.12>

<https://afd-sh.de/2022/02/25/programm-der-afd-schleswig-holstein-zur-landtagswahl-2022/>

¹⁷ Wiwo.de

¹⁸ Afd-sh.de, Programm zur Landtagswahl 2022, S. 63

¹⁹ Nd-aktuell.de , 2022, „Es geht um Zerstörung“